





## Für unsere weiblichen Mitglieder.

### Arbeiterin und Organisation.

Der Krieg hat der weiblichen Arbeitskraft Plätze angewiesen, die noch vor knapp zwei Jahren Betätigungsfeld von männlichen Spezialarbeitern waren. Wo vor gar nicht langer Zeit das Eindringen der Frau als unmöglich bezeichnet wurde, finden wir heute das entgegengesetzte sich vollziehen. Und je länger das männermordende Ringen Europas anhält, je mehr männliche Arbeitskräfte für dieses graufige Handwerk freigemacht werden müssen, um so mehr wird auf die Frau als Ersatz im Wirtschaftslieben zurückgegriffen werden müssen.

Und für sich bedeutet dieser Vorgang für das weibliche Geschlecht Vorwärtsentwicklung. Es wird mit manchem uralten Vorurteil gegen dasselbe aufgeräumt werden müssen. Die Gleichberechtigung, die sich die Frau in der Fabrik, im Kontor, als Handwerker, Geschäftsmann, als Briefträger, Straßenbahnschaffner und in anderen Berufen über Nacht erzwingen hat, sie wird auf die Dauer nicht verweigert werden können auf politischem Gebiet. Die Jahrhunderte alte Unterdrückung der Frau durch den Mann hat ihren Todesstoß erhalten.

Bringt so auf der einen Seite der Krieg die Frau ein gewaltiges Stück ihren berechtigten Wünschen und Forderungen näher, so wird auf der anderen Seite nicht verkantet werden dürfen, daß durch dieses industrielle Massenausbeutet der weiblichen Arbeitskraft die Gesamtsituation des Arbeiters sich verschlechtern. Das Gebot großer Firmen schon während des Krieges läßt hier nichts gutes hoffen: die Vollen am Gewerkschaftshorizont deuten auf Sturm.

Solange Millionen von Männern ihres Berufes entzogen sind, liegt die Sache ziemlich einfach. Wohl erhalten die Frauen — wie bisher — nicht denselben Lohn wie jene, wohl müssen sie Verschlechterungen, die durch Aufheben der einschlägigen Bestimmungen der R.-V.-O. begründet sind, auf sich nehmen — aber wie nun, wenn die Millionen zurückfluten? Wird dann die Frau wieder verdrängt werden? Wird kraft Gesetzes, wenigstens vorübergehend, verboten bzw. eingeschränkt werden?

Werden unverheiratete und alle die Frauen, die auf Arbeit angewiesen sind, an ihren Plätzen bleiben können, auch wenn dadurch Familienväter arbeitslos bleiben würden? Wird die Frau, die bisher in der Stelle ihres gefallenen Gatten ihr Brot verdiente, z. B. als Straßenbahnfahrerin, wird diese Frau mit ihrer Familie wieder hinausgeschleudert werden in das Nichts? So viele Fragen, so viele Probleme! Doch muß verlangt werden, daß jedem zurückkehrenden, voll arbeitsfähigen Krieger sein alter Platz offen steht. Die hierdurch arbeitslos werdenden sowie die Arbeitslosen sind ausreichend zu unterstützen. Nur hierdurch wäre es möglich, allen zunächst eintretenden Schwierigkeiten zu begegnen.

Darüber hinaus freilich muß mit einem gewaltigen Anschwellen des weiblichen Arbeiters gerechnet werden und die Schwierigkeiten, die sich hieraus für die Gewerkschaften ergeben, wachsen ins ungeheure. Gewaltige Kämpfe werden geführt werden müssen, um die Löhne auf der jetzigen Höhe zu halten, und berghohe Schwierigkeiten werden zu überwinden sein, um der Frau für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu erkämpfen. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit! Das ist die Parole der Zukunft, durch die wir siegen werden, durch die wir siegen müssen.

Es verlohnt sich, hier einen Augenblick zu verweilen. Wir alle, ohne Ausnahme, kennen die Schwäche der Unternehmer für Frauenarbeit. Wir kennen auch den Grund. Wir wissen, daß es nicht etwa geschieht aus Liebe zu dem „schwächeren“ Geschlecht. Wir wissen, daß rein menschliche Erwägungen nicht in Frage kommen. Es ist der Umstand, daß die Frau um ein Linsengericht ihre Arbeit verkauft, bisher verkaufen mußte, wenn sie nicht elend verhungern wollte. Wie das gekommen ist? Es würde zu weit führen, zu untersuchen, wieso ein Mensch, der zufällig weiblichen Geschlechts ins Dasein getreten, der aber im übrigen für Kleidung, Ernährung, für Miete und Heizung dieselben Preise zahlen muß wie sein Kollege vom „starken“ Geschlecht; wieso dieser gezwungen werden konnte, weit billiger zu arbeiten. Es genüge das Konstatieren dieser Tatsache!

Wird das nun besser in dem Moment, wo Hunderttausende der billigen Arbeitskräfte von der Industrie neu aufgesaugt werden? Kann es besser werden, wenn Tausende, die sich bisher ihren Frauenpflichten widmen konnten, gezwungen sein werden, zu verdienen? Von ungefähr und als reife Frucht wird den Arbeiterinnen eine Verbesserung ihrer sozialen Lage nicht in den Schoß fallen. Weit noch ist der Weg und steinig, der zum Ziel führt.

Wie es gemacht werden muß? Es ist ein bekanntes, wenn auch noch sehr verkanntes, von vielen Frauen nicht recht gewürdigtes Mittel, das uns helfen soll: Organisation heißt es. Lächle nicht, verehrte Leserin! Schäume um dich! Wir leben in einer Zeit, die mit gewaltiger Zudringlichkeit Anschauungsunterricht erteilt. Was ist es, das sich in zwei ungeheuren Lagern gegenübersteht? Was ist es, mit dem sich die Gegner ihren Willen aufzuzwingen suchen? Organisation! Organisation in ihrer vollkommensten Durchbildung: dem Militarismus. Nichts weiter. Auch wir im Gewerkschaftsleben besitzen dieses Instrument und Großes ist schon damit erreicht worden. Noch Größeres soll erreicht werden. Und dazu brauchen wir dich! Wir verlangen weiter nichts als das Eintreten in unsere Reihen. Wenn je größer die Zahl der Kämpfer, um so sicherer der Sieg. Der Sieg: für gleiche Arbeit gleichen Lohn!

Es ist schon viele Druckerchwärze verbraucht worden, um den Beweis zu erbringen, warum der Gedanke der Selbsthilfe gerade unter den Frauen so schlecht Wurzel schlägt. Unter den Frauen, denen man doch gewiß mit Recht nachsagt, daß sie die geborenen Samariterinnen seien, daß sie ein feineres Gefühl, ein feineres Empfinden für die Leiden und Nöten ihrer Mitmenschen haben. Und diese Frauen, die gezeigt, daß sie den Männern in der Arbeitsleistung ebenbürtig sind, sie sollten verfallen in der Hilfsbereitschaft für sich und die Ihren? Wohl nur ein Verkennen von Tatsachen konnte sie an der Erfüllung ihrer Pflicht hindern, was das wirklich geschehen ist. Auch der Arbeiterin wird dieser Krieg gelehrt haben, daß geschloffen sich's gut marschieren. Und der Preis ist es wert!

### Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands in der Kriegszeit.

Mit ganz besonderem Interesse wird jedes Verbandsmitglied, das mit innerster Ueberzeugung dem Verbande angehört und mit dem vollen Bewußtsein davon erfüllt ist, daß es sei in Verband, den Geschäftsbericht unseres Zentralverbandes für die beiden Jahre 1914/15 lesen. Man könnte ihn als ein gewerkschaftliches Geschichts- und Kriegsbuch bezeichnen und jedem zukünftigen Geschichtsforscher und Geschichtsschreiber, der sich mit sozialer, wirtschaftlicher und Kulturgeschichte befaßt, wird diese Literatur willkommen und für seine Arbeit von großem Werte sein.

Die zweijährige Berichtsperiode umfaßt zwei Friedens- und sechs Kriegsquartale, wobei das dritte Vierteljahr 1914 noch mit dem Monat Juli zur Friedenszeit gehört. In diesem, im Juni 1914, fand auch unser Verbandstag in Hamburg statt, an den der vorliegende Bericht anknüpft. Es wird einleitend festgestellt, daß damals der Verbandstag mit den hoffnungsvollsten Ausblicken für die weitere Entwicklung des Verbandes eröffnet wurde, die nun leider schon wenige Wochen nachher durch den Ausbruch des Krieges vernichtet wurden. Die Lage von Hamburg waren auch solche der Schuhmachere-Internationale im Kleinen, indem Delegierte aus den skandinavischen Ländern, aus Oesterreich, Ungarn und England erschienen waren. Der Krieg hat auch diese unsere Internationale zum größten Teile lahmgelegt; aber der Sekretär Simon steht unerschütterlich auf seinen Posten und hält die Internationale der Schuhmacher und Lederarbeiter aufrecht, soweit es die bestehenden Kriegsschwierigkeiten gestatten. Die „Internationale Korrespondenz“, das geistige Band zum Zusammenschluß von 16 Landesverbänden, ist auch in der Kriegszeit erschienen und ihre Empfänger in den verschiedenen Ländern werden jedenfalls das beständige Gefühl haben: Unsere Internationale lebt noch und sie wird weiter leben und zu neuer Stärke gelangen, die sie vorher nicht besaß.

Den gangen folgenden Bericht könnte man als eine Darstellung der Kriegswirkungen auf unsern Verband bezeichnen. Die hochgehenden Kriegswogen erfahnten sofort oder nach und nach viele Tausende unserer Verbandsgenossen und leitenden Kräfte. So waren bis Ende 1915 von den Mitgliedern des Zentralverbandes die Kollegen Cinneg, Hauenstein, Fris und Michael Müller sowie S. Müller und Trefflich aus dem Hauptbureau zum Kriegsdienst eingezogen. Der einberufene Bezirksleiter Ler in Stuttgart ist seit Oktober 1915 auf unbestimmte Zeit beurlaubt, der Kollege Gleschovitz in Weissenfels nach längerer Kriegsdienstleistung in Belgien als selbstständig entlassen und seiner früheren Kulturarbeit

wieder zurückgegeben worden. Die Ortsbeamten Berthold-Nürnberg, Dells-Berlin, Demberger-Weissenfels, Samann-Berlin, Siller-Stuttgart, Klein-Dresden, Olbrich-Erfurt, Rant und Reinhardt-Pirmasens, Reimer-Dreslau und Schulz-Offenbach sind noch im Kriegsdienst und waren auch alle zur Zeit des Berichtsabchlusses noch am Leben und unverwundet. Verschreibungen im Wirkungsbereich der Verbandsbeamten fanden infoseren statt, als Kummerow-Hamburg mit Pirmasens vertauschte, Söltermann die Geschäfte der Ortsverwaltung Nürnberg und Grünmeyer die in Offenbach übernahm, Bezirksleiter Weise in Dresden auch die Geschäfte der dortigen Ortsverwaltung besorgte.

Mitglieder waren bis Ende 1915 insgesamt 14830 zum Kriegsdienst eingezogen, das sind 49,8 Prozent der männlichen Verbandsmitglieder. Bis zum 31. Dezember 1915 waren 689 Kollegen im Felde gefallen oder ihren Verletzungen erlegen. Zufällig dürfte aber die Zahl der einberufenen wie die der gefallenen Mitglieder größer sein, da ein großer Teil der Einberufenen sich bei der Ortsverwaltung nicht abmeldete. Wir beklagen das Schicksal aller dabinzugegangenen Verbandsgenossen und wünschen allen noch im Kriegsdienst stehenden Mitgliedern auch fernherhin viel Glück, damit sie recht bald wieder gesund und wohlbehalten in unsere Reihen zurückkehren können, um gemeinsam mit uns für die Neuerstärkung des Verbandes, für einen neuen sozialen und kulturellen Aufstieg der gesamten Kollegenschaft zu wirken!

Trotz der stark verminderten Mitgliederzahl ist der schriftliche Verkehr im Hauptbureau ein sehr lebhafter geblieben und betragen die Posteingänge 30 086, die Postausgänge 32 880, Zahlen, die ein großes Stück Arbeit zum Ausdruck bringen.

Ueber die Uebertritte aus anderen Verbänden wird berichtet, daß 377 (1912/13: 1309) solcher zu verzeichnen waren und zwar 47 (175) aus dem Verband der christlichen Lederarbeiter, 26 (75) aus dem Christlich-Sozialen Gewerbeverein und 180 (741) aus freien Gewerkschaften. Von ausländischen Brudervereinen traten über: vom österröichischen Verband 38 (130), vom norwegischen 4 (22), vom schweizerischen 40 (105), vom dänischen 27 (52), vom schwedischen 10 (12) und vom französischen 2 (0). Die Zahl der Uebertritte aus anderen Organisationen in unseren Verband ist also während der Kriegszeit ebenfalls bedeutend zurückgegangen.

269 (401) Ersatzbücher wurden für verlorene Bücher ausgestellt, 2711 (649) für abgelaufene Mitgliedsarten, 6034 (9761) für abgelaufene Mitgliedsbücher. Von der Jugendklasse traten 226 in andere Klassen über.

Die auf Grund durchgeführter berufstatistischer Erhebungen im Hauptbureau verfaßte Schrift über die Arbeitszeit in den Schuhfabriken ist auch im Fachblatt ausführlich besprochen worden. Das ebenfalls durch statistische Erhebungen im Verban-

gewonnene Material soll in Verbindung mit den Haushaltsrechnungen nach dem Kriege bearbeitet werden.

Die teilweise Aufertassung der Verbandsstatuten nach Kriegsbeginn infolge eines begünstigten Beschlusses der von der Generalkommission am 2. August 1914 in Berlin veranstalteten Konferenz von Vertretern der Zentralverbände wird neuerdings kurz beleuchtet und der damals an die Mitglieder erlassene Aufruf des Zentralvorstandes abgedruckt. Diese Kriegsmäßigkeit erregte bei manchen Mitgliedern lebhaften Unwillen, aber nachträglich und auch heute dürfte nach den gemachten Erfahrungen das Vorgehen gebilligt werden. Ohne diese Maßnahme führt der Bericht aus, fänden wir heute vor fast leeren Rassen, ganz abgesehen davon, daß man bei Kriegsausbruch und der plötzlichen Stilllegung zahlreicher Betriebe nicht damit rechnen konnte, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit der Arbeitsmarkt sich wesentlich bessern würde. Die mit der Kriegsmäßigkeit des Zentralverbandes unzufriedenen Mitglieder vergaßen wohl in ihrer Mißstimmung, daß unser Verbandsstatut für den Frieden und nicht für den Krieg bestimmt ist. Die Einberufung eines Verbandstages ist zu jener Zeit ganz unmöglich gewesen; aber hätte er auch abgehalten werden können, er würde zweifellos ebenso gehandelt haben wie der Zentralvorstand.

Unsere Gaubezirke haben sich in der Kriegszeit von 10 auf 8 vermindert, indem die Bezirke Dresden und Pirmasens aufgegeben wurden. Die Schuhindustrie in Schlesien ging immer zurück und Dresden selbst hat einen Ortsbeamten. Pirmasens und Umgebung wird von den dortigen drei Ortsbeamten besorgt und die übrigen Orte wurden dem Bezirk Frankfurt a. M. zugeteilt. Die beiden Bezirksleiter Brunow und Fruch wurden ins Hauptbureau übernommen.

Mit Einschluß der begünstigten Sitzung anlässlich des Hamburger Verbandstages fanden in der Berichtsperiode vier Konferenzen von Bezirksleitern statt, die sich mit wichtigen wirtschaftlichen Zeitfragen beschäftigten, so auch mit den Kriegsmäßigkeiten des Zentralverbandes, die einmütig gutgeheißen wurden. Es wurde die Entfaltung der Familien der Kriegsteilnehmer, die Regelung der Arbeits- und Lehrverhältnisse in den Militäreffektfabriken in Gemeinschaft mit den Sattlern; die Wiederintraffassung der Verbandsstatuten mit 1. April 1915 und auch die Stellungnahme zu dem Nichtungstreit in der sozialdemokratischen Partei beschlossen. Die begünstigte Resolution wurde im Fachblatt veröffentlicht. Sie proklamiert die Neutralität unseres Verbandes gegenüber dem Parteistreit, die sich als notwendig und zweckmäßig im Interesse der Einigkeit aller Mitglieder im Verbande erwiesen hat. Den einzelnen Mitgliedern wahr ist das Recht, ihre Meinungsverschiedenheiten in den politischen Vereinen zum Ausdruck zu bringen.

# Die Krise in der Schuhindustrie.

Da ein Regierungsvertreter in der Budgetkommission des Reichstages erklärte, daß die Lederverwaltung 90 Prozent der gesamten Lederproduktion für sich beansprucht, also nur 10 Prozent für den Zivilbedarf übrig bleiben, die sich auf Ober- und Unterleder verteilen, so erscheint es nur logisch, wenn im „Schuhmarkt“ ein Einsender zu der Forderung gelangt, daß die Militärverwaltung den privaten Schuhfabriken Aufträge von Militärschuhen zuweist, um sie zu beschäftigen. Die durch den Ledermangel erzeugte Einschränkung der Betriebe hat die Verdienstminderung der Arbeiter zur Folge, die dann entsprechend unterstützt werden müssen. Der Einsender des Fabrikantenblattes meint, vielleicht lassen sich die Militärbehörden in Rücksicht auf die Lage und Aufrechterhaltung unserer Schuhindustrie bereisfinden, einen größeren Teil der Militärschuh-Produktion von den Bekleidungsämtern auf bewährte Privatbetriebe zu übertragen. Dadurch würde auf der einen Seite der Industrie und deren Arbeiterschaft ein großer Dienst erwiesen, während auf der anderen Seite die stark belasteten Bekleidungsämter eine Entlastung erfahren würden. Sehr viele Privat-Schuhfabriken sind durchaus in der Lage und mit den erforderlichen Einrichtungen versehen, um der Militärverwaltung genau ebenso gute Stiefel zu liefern, wie die Bekleidungsämter. Außerdem stände nichts im Wege, Kontrollpersonen der Militärverwaltung in die herangezogenen Privatbetriebe zu deren ständiger Überwachung zu beordern. Da es sich hierbei keineswegs darum handelt, der Industrie gewinnbringende Geschäfte zuwuführen, sondern lediglich darum, die Arbeiterschaft und die Betriebe durchzuhalten, so ist gewiß damit zu rechnen, daß die in Frage kommenden Militärbehörden einen dahingehenden Antrag in wohlwollendster Weise prüfen werden. Aber auch dies kann nur dann geschehen, wenn unsere Industrie mit einem solchen Verlangen an die zuständigen Behörden herantritt und ihrem Verlangen eine eingehende Begründung nebst Anleitung für die Ausführung des Planes mit auf den Weg gibt. Sagen es doch auch verschiedene Korporationen des Schuhmacher-Handwerks fertig gebracht, umfangreiche Aufträge auf Herstellung von Militärschuh zu erhalten. Auch Aufträge für die verbündeten Staaten könnten unter Umständen für unsere Industrie vermittelt werden, Aufträge, zu denen das Rohmaterial vom Auftraggeber geliefert wird.

An Bemühungen in dem vorstehend ange deuteten Sinne ist auch die organisierte Arbeiterschaft der Schuhindustrie in höchstem Maße interessiert und deren Mitwirkung wäre deshalb von vornherein gesichert und gewiß nicht zu unterschätzen.

Das letztere erscheint unter den gegenwärtigen Umständen als eine Sache der Selbstverständlichkeit. Andererseits bemerkt das Fabrikantenblatt zu unserer Forderung nach gleichmäßiger Verkürzung der Arbeitszeit, um Arbeiterentlastungen vorzubeugen, daß es dieses Verlangen unterstützt. „Arbeiterentlastungen sollten nur insoweit stattfinden, als die zu Entlassenden anderweit Beschäftigung zu finden vermögen. Gleichzeitig sollten aber Bemühungen einsetzen, um größere Mengen Bodenleder für die Privatindustrie frei zu bekommen und ihr event. Militärschuhaufträge zuzuführen, so wie dies in unserem heutigen Leitartikel dargelegt wird.“

Inwieweit die Ledernot Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit der Arbeiter in den Schuhfabriken herbeiführt, ersieht man auch so zeitgemäß, die großen Milliardengewinne — man möchte schon bald sagen Milliardengewinne — der Schuh- und Lederindustrie, die sie bisher während der Kriegszeit auf Kosten der Gesamtheit der Steuerzahler und der Konsumenten, die freilich wieder die gleichen sind, gemacht hat, zur Unterstützung heranzuziehen. Es sollen sich nicht die einen am Unglück der eigenen Nation und des Vaterlandes bereichern und gleichzeitig die anderen, die die große Mehrheit bilden, verarmen und verarmern. Dies einen Ausgleich herbeizuführen, ist wahrhaft staats-erhaltend und vaterländische Politik, durch die die großen Massen des unermittelten Volkes aufrechterhalten und gegen den Untergang gesichert werden können. Diese Politik würde auch die während der Kriegszeit durch die Milliardengewinne einer kleinen Gruppe von Menschen bewirkte bedeutende Verschärfung der sozialen Gegensätze mildern und die Leiden der andern mindern. Leider sind das nur rein theoretische Betrachtungen, denn diese Politik führt niemand durch, wie auch die vom Reichstag beschlossenen neuen Steuern mit weitgehender Schonung derer, die es haben, bewirkt.

Es wird sich zeigen, inwieweit die eigene organisierte Selbsthilfe der Arbeiter einen Anteil an den Milliardengewinnen zur Linderung der Not herauszubolen vermag. Jedenfalls heißt die Krise in der Schuhindustrie energische Schritte, um die schlimmsten Wirkungen für die Arbeiter abzuwehren und die Lage für sie erträglicher zu gestalten.

## Kontrollstelle für freigegebenes Leder zu Berlin.

Wie erhalten folgende Aufschrift:  
Betrifft: 14tägige Verteilung von freigegebenem Bodenleder.

Die Kontrollstelle für freigegebenes Leder gibt bekannt, daß sie von jetzt ab die Verteilung von freigegebenem Bodenleder nicht nur wie bisher einmal im Monat, sondern — soweit durchführbar — alle 14 Tage vornehmen wird.

Infolgedessen ist die am 21. Juni d. J. verteilte Quote nur auf Grund der seit der letzten Verteilung, also innerhalb der in den letzten 14 Tagen freigegebenen Menge berechnet. Die nächste Verteilung wird voraussichtlich Anfang Juli stattfinden.

Bei dieser Gelegenheit weist die Kontrollstelle nochmals darauf hin, daß die auf der Lederkarte angegebene Gültigkeitsdauer nicht zum Ausdruck bringen soll, daß der Inhaber der Karte vor Ablauf der zwei Monate keine weiteren Zuteilungen mehr erhält, sondern lediglich die Frist feststellt, innerhalb welcher die zugeleitete Menge zu beschaffen ist.

Betrifft: Anmeldungen von Zugängen an Bodenleder jeder Art.

Da immer noch bei den Verarbeitern Zweifel darüber bestehen, ob auch Knochleder, das für Bodenlederverzwecke verarbeitet wird, als Zugang anzumelden ist, gibt die Kontrollstelle bekannt, daß nicht nur Knochleder, sondern auch Knochleder in ganzen Häuten oder in anderer Form, sowie alle übrigen Ledersorten, sobald solche für den Unterboden von Schuhwerk, also für Sohlen, Brandsohlen, Hinterklappen oder Vorderklappen, Absatzstücke und dergl. Verwendung finden, unbedingt als Zugang anzumelden sind. Als Zugang nicht anzumelden sind nur diejenigen Bodenleder, welche gegen Unterzeichnung des Verpflichtungsscheines der Kontrollstelle auf Grund der Lederkarte gekauft sind.

## Sozialpolitik im Reichstage.

(Schluß).

In der Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern stellte die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft zwei kleine Anfragen, wovon die eine das Verbot von 22 Mitgliederversammlungen des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis mit der Tagesordnung „Rassenbericht und Neuwahl des Vorstandes“ durch das Dekretkommando in den Marken, die andere das Verbot eines Leitungsartikels durch das auswärtige Amt deshalb, weil sein Inhalt der Mehrheit einer Fraktion des Reichstages nicht gefallen möchte, betraf. Präsident Dr. Kaempf erklärte hierzu: Nach § 85 b der Geschäftsordnung untersteht der Aufruf einer Anfrage, wenn die Anfrage einen Gegenstand der Tagesordnung betrifft. Das ist bezüglich beider Anfragen der Fall und daher kommen diese Anfragen nicht zum Aufruf. Abg. Wasser mann (nat.) fragt, wie es sich mit dem Sterberegulierungsgesetz für solche Versicherten verhält, die im Laufe des Krieges in Feindesland gefallen sind. Die Gerichte haben in solchen Fällen den Anspruch auf Sterberegulierung, weil der Unterfallungsfall im Auslande eingetreten sei. Ministerialdirektor Dr. Caspar: Der Unterschied zwischen im Inlande und im Auslande gestorbenen Versicherten in diesem Falle ist eine Unbilligkeit, die durch eine Bundesratsverordnung beseitigt werden wird.

Die Fortsetzung der Zensurdebatte erfolgte zunächst mit einer Rede des Genossen Nozke, der scharfe Töne gegenüber der bestehenden Zensur und für die Herbeiführung des Friedens fand. Er wandte sich gegen das Treiben der Kriegshetze, denen noch immer zu wenig Krieg ist und letzte Verwahrung ein gegen die Propaganda des Konserwativen Dertel und des Nationalliberalen Hirsch-Essen durch ihre Reichstagsreden für den rückständigsten Unterseebotkrieg und die rückständigste Innenpolitik. Diese Schamfächer sind es auch, die für ihre Kriegs- und Eroberungspolitik volle Freiheit fordern, die andern aber nach wie vor unter die Aufsicht der Zensur stellen möchten. „Freiheit, die ich meine!“ Als Ergebnis der bisherigen Zensurdebatte stellte Nozke fest, daß alle bürgerlichen Parteien die Zensur und den Belagerungszustand aufrechterhalten wollen, wemgleich auch von ihnen niemand die Regierung wegen ihrer Handhabung der Zensur verteidigte. Im drastischen Beispielen zeigte er dann, wie die sozialdemokratische Presse verfolgt wird. So hat der Mühlhäuser Zensur der dortigen sozialdemokratischen „Volkzeitung“ alle Stellen der Reichstagsrede Emmels gestrichen, die sich gegen seine Zensurtaetigkeit richteten. Gegen dieses Hintertreiben in die Reichstagsberichte muß protestiert und die Regierung zum Einschreiten veranlaßt werden. Der Volksparteiler Einsing hatte in seiner Reichstagsrede erwähnt, daß ein kommandierender General auf Vorkhaltungen erklärt hat: wir sind die Regierung, wir sind der Bundesrat, wir sind der Reichstag. Ein solcher Ausbruch von Größenwahn sollte von der Regierung die nötige Dämpfung erfahren, ein solcher Herr müßte kaltgestellt werden. Nozke wandte sich auch gegen die Beschränkungen der Versammlungs- und Redefreiheit, gegen die Eingriffe ins Petitionsrecht und gegen die Verlesung des Briefgeheimnisses, gegen die Beschränkung der persönlichen Freiheit und Freizügigkeit der Arbeiter, endlich gegen die Einschränkung der Pressefreiheit. Unparteilichkeit ist mit dem Wesen der Zensur unvereinbar. Will die Regierung keine Zensurdebatte mehr haben, so soll sie die Zensur aufheben, was wir denn auch fordern.

Im zweiten Teil seiner, den Friedensbestrebungen gewidmeten Rede hielt Nozke Dertel vor, daß er keine Abnung davon hat, wie die Massen unseres Volkes über Krieg und Frieden denken und dem Hirsch, daß er mit seiner Rede Neutrale vor Friedensvermittlung abgeben wollte. Am den Preis, den manche Leute glauben fordern zu können, ist der Friede aller Voraussicht nach nicht zu haben. Diese Herren

irren sich aber sehr gründlich, wenn sie meinen, im deutschen Volke bestehe Neigung, für phantastische Eroberungsziele das Leben weiterer Hunderttausender von Soldaten aufs Spiel zu setzen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Selbstverständlich würde sich auch die deutsche Sozialdemokratie die Einmischung Neutralen in innerpolitische Verhältnisse Deutschlands sehr entschieden verbitten. — Noch bedeutlicher waren die Auslassungen des Abg. Hirsch, es müsse protestiert werden, wenn von angeblich neutraler Seite in Wirklichkeit mit stark blutbesetzter Hand, die zur Verlängerung des Krieges beigetragen hat, Friedensverhandlungen vermittelt werden sollten. Jede Friedensbemühung werden die Volksmassen in allen kriegsführenden Ländern mit Freuden begrüßen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.), ganz gleich, von wem sie ausgehen, und der amerikanische Präsident verdient nicht, wegen solcher Bemühungen von der Reichstagstribüne beschimpft zu werden. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Ich habe gewiß die Kriegseroberung Amerikas beklagt und verurteilt. Aber gerade Herr Hirsch hat weniger Anlaß dazu. Vor dem Kriege haben gerade die Nationalliberalen sich schuldig vor das Rüstungskapital gestellt. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Als ich mich dagegen wandte, daß von Deutschland Kriegsmaterial an die Völker geliefert werde, die sich möglicherweise gegen Deutschland wenden, sind gerade Herr Hirsch und seine Genossen dafür eingetreten, daß diese Lieferungen nicht beeinträchtigt werden.

Die deutschen Volksmassen wünschen, daß die deutsch-amerikanische Krise so reiflos überwunden wird, wie füglich der amerikanische Botschafter es glaubte, feststellen zu können. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Unser Volk denkt gar nicht daran, die Tiraden nationalliberaler Heimkrieger zu unterschreiben. (Sehr gut! b. d. Nat.) Es hat sich erhoben, weil die Überflutung der Grenzen im Osten und Westen mit feindlichen Millionen bevorstand. Für die Sicherheit des Vaterlandes sind die Volksmassen zu den Waffen geeilt und sie halten lediglich deswegen aus, weil weder der Zar noch Herr Grey noch Herr Poincaré vom Frieden etwas wissen wollen. Für mehr oder minder phantastische Eroberungspläne weiter zu barben und ungemessene Blutströme zu opfern, dafür verpöhlen die Volksmassen nicht die allergeringste Neigung. Wir erinnern an das Wort des Reichstagslers, Deutschland führe den Krieg nicht, um andere Völker zu unterjochen. Die Massen des Volkes lehnen es ab, daß von deutscher Seite aus die wahrnigige Idee der Fortführung des Krieges bis zum Weisbluten propagiert wird, wie es in einzelnen unverantwortlichen Presseäußerungen wieder geschehen ist. Wir sind überzeugt, daß der größte Teil des Volkes es geradezu für ein Verbrechen an der Menschheit hält, auch nur von einer solchen Möglichkeit zu sprechen. Die völlige Niederwerfung einer der beiden kriegsführenden Gruppen kann nur zur dauernden Spannung in Europa und in der ganzen Welt führen und zu einer dauernden Gefahr der Wiederholung des Krieges. Davon will das deutsche Volk in seiner Mehrheit nichts wissen, es wünscht stattdessen eine dauernde Verständigung zwischen den Völkern, die sich leider heute noch immer zerfleischen. Also wir fordern die freie Erörterung der Kriegsziele, ebenso wie die Herren auf der rechten Seite des Hauses, aber zu dem Zwecke, damit wir darauf hinweisen können, daß Not und Elend immer weiter anwachsen, und daß im Felde von den Truppen immer größere Opfer gebracht werden müßten, wenn die Dreibeereien gewisser Annexionisten von Erfolg begleitet werden. Die Herren Heimkrieger würden ihr blaues Wunder erleben, wenn das Volk über solche Ziele ganz ungeschnitten seine Meinung sagen könnte. Unser Volk begrüßt es mit Genugtuung, daß ganz allgemein in der Welt die Sehnsucht nach Beendigung des Völkermordens wächst, es wünscht nichts mehr als einen Frieden, der ihm Freiheit, Anbahnung und Entwicklungsmöglichkeit garantiert.

Genosse Sachhagen wandte sich zunächst gegen die militärische Schughaft, der jede Reichstagsgrundlage fehlt und gegen die sich die Betroffenen nicht verteidigen können. Mit Ausnahme von Kurland sei das in keinem andern Lande möglich. Der in Magdeburg produzierte Sparer laß hat starke Zustimmung der Arbeiterschaft zur Folge gehabt. Verantwortlich dafür sind die Urheber solcher Erlasse. Ich bedauere die Nichtständigkeit des Bürgerturns, das sich nicht dazu aufraffen kann, ihre Aufhebung zu fordern. Auf allen Gebieten betätigen sich die Oberkommandierenden „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“. Der Stogauer Kommandant hat in diesem Interesse verboten, daß Personen weiblichen Geschlechts in Lokalen zur Bedienung zugelassen werden, wenn sie nicht nachweislich das 50. Lebensjahr überschritten haben. Die Bedrangungen des Vereinsrechts haben nicht nachgelassen, sondern sind noch schlimmer geworden. Auch in die Wahlfreiheit greift man ein. Die Versammlung, die sich mit der Aufstellung der Kandidatur für den verstorbenen Abgeordneten Kühn beschäftigte, wurde von einem Gendarmen überwacht und einem Redner, der über die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege sprechen wollte, entzog der Gendarm das Wort. Das muß natürlich zur Beendigung und Kassierung der Wahl führen. Die Orangefärbungen der „Mühlhäuser Zeitung“ sind vom Bundes-

ratsförmig nicht mißbilligt worden, auch nicht, daß aus der Rede des Abg. Ottmann in der Zeitung der Abschnitt gestrichen werden mußte, der sich auf die Behandlung des Abg. Haegy bezieht. (Lebh. Hörl.) Hier handelt es sich um ein Recht des gesamten Reichstages, und da helfen keine schwächlichen Resolutionen, sondern es muß heißen: Fort mit der ganzen Zensur! (Lebh. Zustimmung bei der G. v. Graef.) Der Abg. v. Graef warf meinem Freunde Liebknecht Landesverrat vor. Dann wäre die Propagierung des Unterseebootkrieges in der Art der Herren Graefe und Dertel mindestens vollendeter Hoch- und Kriegsverrat. Dem „Vorwärts“ ist verboten worden, einen Artikel aus dem „Avanti“ zu bringen, weil er nach der Ansicht des auswärtigen Amtes gegen die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion gerichtet war. Solche Einmischung in unsere inneren Zwistigkeiten müssen wir uns ganz entschieden verbitten. Herr Dertel erklärte Donnerstag das Verbot einer freisinnigen Zeitung für gerechtfertigt, weil sie den Burgfrieden gestört habe. Das zeigt die ganze Nützlichkeit dieser Herren, die nur für sich Meinungsfreiheit haben wollen. Unter dem Vorwand, den Burgfrieden zu wahren, wird dem „Vorwärts“ alles mögliche verboten, sogar der Gebrauch des Wortes „Lebensmittelswucher“. Man sagt, es dürfe nicht das Vertrauen des Volkes zur Regierung erschüttert werden. Wie müßte dann erst gegen die Presse vorgegangen werden, die das Vertrauen der Kreise des Herrn v. Graef zur Regierung widerspiegelt. Wir wollen wirkliche Freiheit der Erörterung der Kriegsziele, das ist notwendig, damit bald ein Friede herbeigeführt wird, und zwar ein Friede, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt. Gäbe es ein Mitbestimmungsrecht des Volkes, so würde die übergroße Mehrheit sich gegen Anzengionen wenden. Die Kriegshörer vor dem Kriege sind es, die auch jetzt den Krieg verlängern wollen, indem sie für Anzengionen eintreten. Gerade diese wollen den Mund benehmen verschließen, die für die Verständigung der Völker sind. Rettung dagegen kann es nur geben durch freie Bahn für Erörterung der Kriegsziele.

Genosse Dr. David wies die Angriffe der Herren Dertel und Bischof auf Wilson, den Präsidenten der Vereinigten Staaten, zurück. In der Note der deutschen Regierung hat diese vor aller Welt zweimal ihre Friedensbereitschaft bekundet. Wenn in dieser Note etwas die Zustimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes gefunden hat, so dies. Wenn Präsident Wilson Schritte unternimmt, die dem Krieg ein Ende setzen, so würde er sich zweifellos ein weitgeschichtliches Verdienst erwerben. Das deutsche Volk ist sich seiner Stärke bewußt, es braucht nicht um Frieden zu betteln, aber es fürchtet sich auch nicht, auszusprechen, daß wir zu einem Frieden bereit sind, die Unabhängigkeit und Entwicklungsfähigkeit unseres Landes garantiert. In glauben, daß man die ganze Welt provozieren könne mit einer blindwichtigen Gewaltspolitik, ist eine frivole Schädigung unseres Landes.

Genosse Ottmann rechnete noch einmal mit den strapellosen und interessierten Kriegshörern ab. Die Debatte ist ein Beweis dafür, wie eine kleine, aber mächtige und einflussreiche Clique auch im Parlament ihren Einfluß in die Wagschale wirft, auch gegenüber der Regierung, wenn sie etwas tut, was ihr nicht paßt. Es ist jetzt sehr deutlich, wer bei uns in Deutschland verbunden will, daß es möglichst bald zum Frieden kommt. Es gibt bei uns Kreise, die die Fortsetzung des Krieges auch auf die Gefahr eines Krieges bis zum Weißbluten wollen. Dieselben Leute erklären, wenn im Ausland starke Worte ertönen: Dröhnen will man den Frieden nicht. Hier tun sie ganz dasfelbe. Daß das im Ausland eine andere Wirkung haben kann, glauben sie selbst nicht. Sie fürchten vielmehr, daß es zum Frieden kommt, daß Fäden angepöppelt werden, die sie zerreißen wollen. Wirbe die Zensur gestiftet, daß auch diejenigen, die einen Frieden ohne Annexion wollen, ihre Ansicht frei ausdrücken, so bräuchten wir hier nicht solche Debatten. Der Staatssekretär hat Stadthagens Aufsetzungen, es müsse zu einem Frieden ohne Sieger und Besiegte kommen, als gegen die Interessen des Vaterlandes verstoßend bezeichnet. Als am 23. Februar im englischen Unterhaus von Soowden dasselbe gesagt wurde, sagte der Ministerpräsident Asquith: Ich freue mich, daß das Haus den Redner mit soviel Geduld und Achtung angehört hat; ich gebe zu, daß seine Rede viel Beachtenswertes enthält. Dieser Kontrast der Antwort des englischen Ministers und der, die wir hier gehört haben, zeigt deutlich, daß man kein Recht hat, die Gegenseite als diejenige hinzustellen, die allein die Schuld hat. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Es ist notwendig, daß in allen Ländern diejenigen, die den Frieden wollen, dies zum Ausdruck bringen. Eine Abstimmung in der deutschen Volksversammlung würde deutlich zeigen, daß das Volk den Frieden auf der Basis will, wie Stadthagen es gekennzeichnet hat, und nicht den Krieg bis zum Weißbluten. Deshalb schreie ich: „Nider mit der Annexionsclique und Frieden ohne Verge- waltigung!“

In einer nochmaligen kurzen Rede erklärte Genosse Roske, gewisse Bestrebungen und Darlegungen könnten nicht anders gedeutet werden, als wenn einer Anzahl von Leuten der Krieg gar nicht lange genug dauern kann, weil sie Millionenprofite aus der Not des Volkes gemäht haben. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Masse des deutschen Volkes hat nicht die geringste Neigung für kapitalistische Profitinteressen sein Leben und seine Gesundheit in Zukunft in die Schanze zu schlagen. Wir haben diese Zensurdebatte herbeigeführt, weil uns daran gelegen ist, diesen gemeingefährlichen Treibern mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Auch in Zukunft werden wir es ver-

suchen, den gewissenlosen Kriegshörern und Treibern das Handwerk zu legen.

In der Abstimmung wird die Resolution auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt. Die Resolutionen der Kommission und der Freisinnigen Volkspartei, die eine Milderung des Belagerungszustandes und der Handhabung der Zensur verlangen, werden angenommen.

## Große indirekte und kleine direkte Steuern.

Der Reichsamt des Innern übergebeldete Helfferich hat seinen Nachfolger Graf Rodern im Reichshausamt ein fertiges neues Steuerbulet als schönes Erbe hinterlassen. Das war wirklich ungenügende Arbeit, so vollkommen für den neuen Finanzminister die neuen Steuergesetze zu machen. Er wird bei gleicher steuerpolitischer Gesinnung wie der Finanzminister seine helle Freude an den fertigen neuen Steuergesetzen haben und sie bei der unbegrenzten Opferwilligkeit der bürgerlichen Parteien auf Kosten des Volkes sie im Reichstage leicht durchbringen. So kann er seine neue Laufbahn als Reichsfinanzminister mit einem mißlosen, aber verheißungsvollen Erfolg beginnen.

Von den Steuerentwürfen Helfferichs, die wir in diesem Blatte besprochen haben, ist nur die Quittungssteuer ab-



Wissen wir nicht, daß die Arbeit die einzige Quelle alles Reichthums ist, wie sie zugleich das Maß aller Werte ist, und dennoch darbt die Arbeiterklasse, während die Bourgeoisie den großen Reichthum unter sich verteilt? Wenn der Wert jedes Produkts der Arbeit durch die darauf verwendete Arbeitszeit bestimmt wird, gleiche Arbeitszeit also gleiche Werte erzeugt und es doch eine Tatsache ist, daß im Handel und Verkehr nur gleiche Werte gegeneinander ausgetauscht werden, woher kommt dann der Gewinn des Arbeitgebers, jener Gewinn, aus dem sich Reichthum aufhäuft? Bis auf unsere Tage hat die Wissenschaft der Ursache vergebens nachgespürt; heute ist sie gefunden. Sie alle kennen das Gesetz, welches den Wert der Arbeitskraft oder den Lohn des Arbeiters auf jenes Minimum bestimmt, welches unerlässlich ist zu seiner Unterhaltung, Wohnung und Fortpflanzung. Für diesen Lohn verkauft der Arbeiter seine Wochenarbeit. Nehmen wir an, daß der Arbeiter täglich 5 oder 6 Stunden arbeiten muß, um einen Wert zu schaffen, der seinem Lohne gleich kommt. Aber arbeitet er nur diese Zeit? Keineswegs; er fährt fort zu arbeiten und verrichtet mithin neben der notwendigen Arbeit, durch welche er seinen Lohn produziert, eine Mehrarbeit, die nicht bezahlt wird. Diese Mehrarbeit ist die Quelle allen Gewinns, allen Reichthums. Eine Woche kann nicht über 7 Tage ausgedehnt werden; aber jeder Tag gestaffelt eine Ausdehnung der Arbeitsstunden. Ist nun in der Woche, welche der Arbeitgeber kauft, der Arbeitstag zu 8 oder 18 Stunden gerechnet? Daß die Mehrarbeit, die nicht bezahlte Arbeit die Quelle des Reichthums ist, erfassen Sie am besten aus dem Beispiele der ländlichen Fronarbeiter des Mittelalters. Der Bauer mußte eine bestimmte Zahl von Wochentagen für seinen Feudalherrn arbeiten; die übrigen Tage gehörten ihm. Nun wohl, durch jene Arbeit, die ihm nicht bezahlt wurde, gedieh das Gut seines Herrn, während er selbst ein armer Teufel blieb. Es ist das Verdienst von Marx, den Gewinn und mithin den Nationalreichtum als das Produkt unbezahlten Arbeitslohnes nachgewiesen zu haben. Schweichel.



geleht, dafür aber die um so ergiebiger Umsatzsteuer, die die bürgerlichen Parteien selbst präsentierten, beschlossen worden. Der sozialdemokratische Erbschaftsteuerantrag wie auch der Antrag auf eine nochmalige Erhebung des Wehrbeitrages wurde abgelehnt; aus der so viel und geräuschvoll besprochenen Kriegsgewinnsteuer ist eine bescheidene Vermögenszuwachssteuer geworden und die von den Spekulanten und Preisdreibern, Wucherern und Schwindlern aus dem Volke erpressten Milliardegewinne werden so milde angefaßt, so daß die Volkswahlwähler eine angenehme Enttäuschung erleben. „Schonet den Spartrieb der Besitzenden!“ hatte im „Leipziger Tageblatt“ der nationalliberale Abg. Friedeberg dem Reichstag und der Regierung zugerufen und tadelnd-mahnend dazu geschrieben:

„Nachsehend geht man hinweg über die Vernichtung des Spartriebes unseres Volkes. Man bedenkt nicht, daß gerade in der Zeit nach dem Kriege, in der die Steuern gezahlt werden sollen, ein ganz besonderes Bedürfnis nach Kapitalien vorhanden sein wird, die doch nur Ergebnis des Sparprozesses der Nation sein können. Und wer soll schließlich sparen, wenn nicht gerade die wohlhabenden Kreise unseres Volkes? ... Wo sollen die Kapitalien herkommen, die die Kriegsgläubigen aufnehmen, die von ihren jetzigen Besitzern abgetrieben werden? Wo sollen die Mittel sich finden, um die schwebenden Schulden der Einzelstaaten und Gemeinden in fundierte umzuwandeln? Woher sollen Handel und Industrie die erhöhten Kapitalaufwendungen

beden, die nach dem Kriege notwendig werden? Alle diese Fragen scheinen die Steuerkommission kaum beschäftigt zu haben. Man kümmert sich nicht um die „Einheit“ des Steuerzahlers, der doch schließlich dieselbe Person ist, ob er nun als Reichthümer, als Bürger des Einzelstaates oder als Gemeindeglieder seine Steuern bezahlt.“

Ueber der großen Angst um die Schonung des Spartriebes der Besitzenden hat der Nationalliberale ganz die prekäre Existenz der Nichtbesitzenden vergessen und auch daran nicht gedacht, die wenigstens in bescheidenstem Maße die praktische Befreiung ihres Spartriebes, der ja in ihnen ebenfalls lebendig ist, zu ermöglichen. Da denkt man ganz unwillkürlich an die bekannten Verse Heinrich Heines: „Wer da hat, dem wird gegeben“ usw.

Ueber die Einzelheiten der neuen Steuern werden folgende Mitteilungen aus der Budgetkommission des Reichstages gemacht:

Für Briefe im Orts- und Nachbarortsbereich beträgt der Zuschlag 2 1/2 Pfg., im sonstigen Verkehr 5 Pfg., für Postkarten 2 1/2 Pfg., für Pakete bis 5 Kilogramm und 75 Kilometer 5 Pfg., weiterhin 10 Pfg., Pakete über 5 Kilogramm bis 75 Kilometer 10 Pfg., weiterhin 20 Pfg., Wertbriefe bis 75 Kilometer 5 Pfg., weiterhin 10 Pfg., Postauftragsbriefe 5 Pfg., Telegramme 2 Pfg. vom Wort, mindestens 10 Pfg. vom Telegramm, Vorphosphorbriefe und Karten 5 Pfg., Anschlüsse an ein Orts-, Vorort- oder Bezirksfernprechnetz 10 Prozent von jeder Anschluß- oder Grundgebühr, Ortsgespräche gegen Grundgebühr, Vorortgespräche, Bezirks- und Ferngespräche 10 Prozent der Gesprächsgebühr, Fernprechnebenanschlüsse 10 Prozent der Gebühr für jeden Anschluß; für bringende Gespräche ist die Reichsabgabe nur in Höhe der Abgabe für nicht bringende Gespräche zu erheben. Von der Reichsabgabe befreit werden Sendungen an Angehörige des Heeres und der Marine oder von solchen, wenn sie Porto- oder Gebührenvergünstigungen genießen, Auslandsendungen soweit Staatsverträge entgegenstehen, Zeitungs- oder Zeitschriftenpakete, wenn sie vom Verleger an andere Verleger oder an Personen verschickt werden, die sich nicht gewerblich mit dem Vertrieb dieser Zeitungen und Zeitschriften befassen (die Post darf den Inhalt prüfen), endlich Prestelegramme, das sind an Zeitungen, Zeitschriften oder Nachrichtenbüros gerichtete Telegramme in offener Sprache, wenn ihr Inhalt aus politischen, handels- oder anderen Nachrichten von allgemeiner Bedeutung besteht, wie zur Veröffentlichung in Zeitungen und Zeitschriften bestimmt sind.

Das Frachtkundenstempelgesetz enthält gleichfalls Ermäßigungen der einzelnen Positionen, insbesondere für Frachtkübel und Eilfrachtkübel.

Am läßtlichsten wird voraussichtlich die Warenumsatzsteuer wirken, die als Quittungsstempelsteuer in das Stempelsteuergesetz eingefügt werden soll. Die Steuer ist anscheinend nicht hoch: 1 vom Tausend des Betrages der Lieferung von Waren in Abstrichen von 10 Pfg. für jede angefangenen 100 Mk. Da aber die Waren in der Regel eine ganze Anzahl von Geschäften passieren, ehe sie an den Konumenten kommen, die Steuer von jedem Kaufvertrag erhoben wird, summiert sich der Betrag sehr erheblich.

Die Tabaksteuer vorlage bringt eine Ermäßigung der Steuer für einen Doppelkettner Tabakblätter von 75 auf 70 Mk. Die Steuer für einen Geviertmeter der mit Tabak bepflanzten Fläche soll von 75 auf 7 Pfg. ermäßigt werden.

Das Sigarettensteuergesetz wird in Abf. 1 Ziff. 2b geändert, es soll statt „fünf bis zehn Mark“ 3 bis 10 Mark“ gesetzt werden, also eine Erhöhung der unteren Steuergrenze.

Die Post- und Telegraphengebühren-erhöhung ist als Kriegsteuer gedacht, sie soll spätestens nach Ablauf des zweiten Rechnungsjahres nach Friedensschluß aufgehoben werden, wenn das Reichstag verlangt. Das Frachtkundenstempelgesetz enthält diese Einschränkung nicht.

Erheblich sind die Aenderungen, die das Kompromiß für die Vermögensausschlag vorgeschlagen. Dabei handelt es sich um einmalige Kriegsausschlag.

Die Abgabe vom Vermögenszuwachs soll nur erhoben werden, wenn dieser Zuwachs mindestens 3000 Mk. beträgt; die untere Grenze für die Steuerpflicht ist auf 10 000 Mk. festgesetzt. Wer während des Krieges sein Vermögen von 10 000 auf 13 000 Mk. vermehrt hat, der muß für die überschüssenden 3000 Mk. eine Abgabe in Höhe von 5 Prozent also 150 Mk., bezahlen. Ist das Vermögen gestiegen von 50 000 auf 100 000 Mk., so ist, da die Beträge durchgestaffelt werden, zu bezahlen: für die ersten 10 000 Mk. des Zuwachses 5 Prozent = 500 Mk., für die folgenden 10 000 Mk. 10 Prozent = 1000 Mk., für die folgenden 20 000 Mk. 20 Prozent = 4000 Mk.; der Rest des Zuwachses fällt in die nächste Steuerungsstufe, die bis 50 000 Mk. geht. Für diese 10 000 Mk. Zuwachs sind 25 Prozent zu zahlen, also 2500 Mk., so daß in diesem Falle der Vermögenszuwachs von 50 000 Mk. mit einer Abgabe von 8000 Mk. belastet würde.

Es werden aber auch Vermögen erfaßt, die keinen Zuwachs, aber auch keine Verminderung um mehr als 10 Prozent erfahren haben. Das Kompromiß nimmt an, daß während des Krieges alle Vermögen sich um 10 Prozent vermindert haben. Ist nun diese Vermögensverminderung geringer als 10 Prozent, so muß für den verbliebenen Teil dieser 10 Prozent eine Abgabe geleistet werden. Deshalb jemand vor dem Kriege ein Vermögen von 100 000 Mk. und hat sich dieses Vermögen während des Krieges nicht vermindert, dann muß für die angenommene, aber nicht eingetretene Verminderung von 10 000 Mk. eine Abgabe





